

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Post-Berlin 1.20 M. im voraus zahlbar. Für Postbestellungen sind die Postgebühren beizufügen. ...

Die abgeheftenen Anzeigenblätter oder deren Namen, sowie jede Wort-Anzeige, die auch die Familien- und Organisationsnennungen werden laut aufgeführten Anzeigen-Kauf beschneidet. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Antwort der Regierung.

Neue Erklärungen.

Bei den gestrigen Verhandlungen der Arbeitnehmerorganisationen und der Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien ergab sich das Folgende:

Die Regierung erklärte, daß die Truppen, wenn irgend möglich, bereits in den allernächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrrevier zurückgezogen werden. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß ein Einmarsch der Truppen südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleichen Anordnungen hat der Reichskommissar Minister Severing getroffen.

Von der Regierung ist bereits angeordnet worden, daß die Zeitfreiwilligenformationen für ganz Deutschland, ebenso die Einwohnerwehren aufzulösen sind. Ortswehren sollen nach den von den Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschlägen gebildet werden.

Zu den Vorgängen in Wilhelmshaven, Altdorf usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Haftentlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schubhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden könne und keine Tatsachen beigebracht worden seien, die die Verhängung der Untersuchungshaft rechtfertigen würden.

An konterrevolutionäre Formationen wird keine Munition geliefert. Wenn der Nachweis, daß das geschähe, erbracht würde, will der Reichswehrminister die dafür Verantwortlichen Personen der strengsten Bestrafung zuführen.

Die Auffassung der Arbeitnehmerorganisationen über die Reorganisation der Sicherheitswehren wird von der Reichsregierung in Übereinstimmung mit der preussischen Regierung geteilt. Es haben im Verlaufe des Tages bereits Verhandlungen mit der preussischen Regierung über die Reorganisation der Sicherheitswehren stattgefunden.

Die Forderung der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien, die Reichswehr sofort aus der neutralen Zone zurückzuziehen, ist in der bürgerlichen Presse als eine Unterstützung des französischen Militarismus hingestellt worden. Zu dieser Behauptung haben die beteiligten Organisationen am Donnerstagabend Stellung genommen und zwei Erklärungen formuliert. Die erste, vom Gewerkschaftsbund, der K. A., dem Deutschen Beamtenbund und der S. P. D. unterzeichnet, lautet folgendermaßen:

Der Punkt 1 unserer am 6. April aufgestellten Forderungen „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone“ darf keinesfalls so ausgelegt werden, als wollten wir damit die widerrechtliche Besetzung von Frankfurt und anderen Orten Süddeutschlands durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist weder durch den Friedensvertrag, noch durch das Vorrücken keiner Teile der Reichswehr in die neutrale Zone zu begründen. Wir verurteilen diese von Frankreich verübte Rechtsverletzung genau so wie die Reichsregierung und werden diese in ihrer Abwehr auf das energischste unterstützen.

Berlin, 7. April 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

ges. Legien.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände

ges. O. Urban.

Deutscher Beamtenbund.

ges.: M. Lange.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ges. W. Rolfenbueh.

Die Berliner Gewerkschaftskommission und die U. S. P. konnten sich nicht entschließen, sich die von der Regierung vertretenen Auffassungen in dieser Frage zu eigen zu machen und gaben deshalb ihrerseits folgende Erklärung ab:

Die Auffassung des Punktes 1 der auch von uns am 6. April aufgestellten Forderungen „Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone“ ist rein aus Gründen der inneren

Politik erfolgt. Er darf keinesfalls so ausgelegt werden, als wollten wir damit die Besetzung von Frankfurt und anderen Orten Süddeutschlands durch französische Truppen rechtfertigen. Die Besetzung dieser Städte durch die französischen Truppen ist eine von außen erfolgte gewaltsame Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten, die wir ausdrücklich verurteilen.

Berlin, 7. April 1920.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ges. H. Grippien.

Berliner Gewerkschaftskommission

ges. O. Rusk.

Andauernder Vertragsbruch durch die Reichswehr.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters. Dagen, 7. April.

Der Arbeiterschaft des bergischen Landes ist es bereits gelungen, die von der Front zurückziehenden Truppen unter Aufrechterhaltung der Ordnung durch das bergische Land zu bringen. Diese Aufgabe ist durchaus nicht leicht gewesen, scheint jetzt aber vor ihrem Ende zu stehen, da die Zahl der von der Front kommenden Bewaffneten dauernd abnimmt. Nach Schätzung ist die Zahl der in das besetzte Gebiet übergetretenen Personen etwa 3000-4000. Nachrichten über Kämpfe in und um Essen wie überhaupt über die Kämpfe anlässlich der Einnahme der Städte in dem eigentlichen Industriegebiet sind wesentlich übertrieben. Besonders ist nirgends dem Vorrücken der Reichswehr ernsthafter Widerstand geleistet worden. Wenn trotzdem die Reichswehr schwere Artillerie gebraucht hat, wenn sie in die Städte einmarschierte, so nur um sich den Glorienschein zu verschaffen, als ob sie große Verdienste begangen hätte. Für die durch das Artilleriefeuer angerichteten Zerstörungen ist nur die Reichswehr verantwortlich.

Nach den hier vorliegenden Nachrichten ist jetzt im eigentlichen Industriegebiet Ruhe und Ordnung überall vorhanden, besonders da die besonnenen Elemente der Arbeiterschaft durchaus die Oberhand haben. Die Jurisdiktion der Reichswehr aus der neutralen Zone ist jetzt also durchaus möglich. Wenn die Jurisdiktion der Reichswehr aber nicht erfolgt, so anscheinend, weil die Militärs die Bildung der Ortswehren in diesen Gebieten verhindern wollen und den Gedanken des Vormarsches in das bergische Land durchaus noch nicht aufgegeben haben.

Obwohl Werder südlich der Ruhr liegt, ist es von der Reichswehr besetzt worden. Naber Dagen wart heute ein fliegender Flugblätter mit antibolschewistischem Inhalt ab, und flüchtete dadurch erneut die Erregung in Dagen. Auch die Stadt Iserlohn ist von der Reichswehr besetzt worden, obwohl sie ganz außerhalb des Gebietes liegt, daß nach Angabe der Regierung nicht von der Besetzung betroffen soll.

Das ist also ein offener Bruch der zugelegten Bedingungen für den Einmarsch der Reichswehr. Die antibolschewistische Orga hat wieder außerordentlich großen Umfang angenommen. Die verbotenen Verbündungen von Zeitfreiwilligen werden von Münster aus mit großem Aufwand und anscheinend mit Unterstützung der Schwerindustrie betrieben. Die Nachrichten über Greuelthaten der Reichswehr häufen sich. Die Lage in Dagen hat sich besonders verschärft.

Ausstellung der unabhängigen Arbeiterpartei Englands aus der zweiten Internationale.

H.N. London, 7. April.

Die Konferenz der unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow endete mit der Erklärung, dass der Anschluß, sich aus der Genfer Internationale zurückzuziehen. Der Vorschlag, sich sofort der 2. Internationale anzuschließen, wurde jedoch verworfen. Man beschloß, die Schweiz aufzusuchen, Maßnahmen für die Gründung einer sämtlichen Gruppen umfassenden Internationale zu treffen.

Amsterdam, 7. April.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß der Glasgower Kongress der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei in einer Entschiedenheit die vollständige Selbstständigkeit für Island, Kongo und Indien, sowie die Agitation der irischen Republik forderte.

Geschriebene und wirkliche Verfassung.

Wie sich voraussehen ließ, geht die neueste Aktion der gewerkschaftlichen Verbände und der beiden sozialistischen Parteien dem Bürgertum sehr wider den Strich. Seine Presse erhebt die stärksten politischen und staatsrechtlichen Bedenken, ohne damit freilich ein anderes Ergebnis zu erzielen, als daß keine Unbilligkeit zur vorurteillosen Beurteilung der Situation aus dem grell beleuchtet wird.

Was soll man dazu sagen, daß den Organisationen der Vormarsch gemacht wird, sie dienen den Interessen Frankreichs und der französischen Militäristen? Wenn Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ die politische Frage aufwirft, ob die deutschen Sozialdemokraten und die deutschen Gewerkschaftler die Gewalt des französischen Militarismus vor der Welt rechtfertigen und diesem Militarismus ihre Hilfe leisten wollen, was wenn die „Deutsche Zeitung“ das Vorgehen der Arbeiterschaft als Landesverrat bezeichnet, so kann man nur im Zweifel sein, ob man mehr über die Unkenntnis oder die Böswilligkeit dieser Kritiker wissen soll. Sie haben vergessen oder wollen nicht daran erinnert sein, daß zu den Bedingungen, unter denen der Generallitroil abgebrochen wurde, auch die gehörte, daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollten. Was die Regierung eine Polizeiaktion nennt, ist in unseren Augen ein militärischer Angriff, und wir haben keine Veranlassung, ihn desbesserenfalls gutzuheißen, weil ihn Frankreich inzwischen zum Anlaß für den Einmarsch in die Städte des Ruhrgebietes genommen hat.

Das um so weniger, als diese Repressalien für die deutsche Regierung nicht unerwartet kamen, sondern ihr rechtzeitig genug von Paris aus angekündigt worden sind. Es ist lächerlich, die deutschen Sozialdemokraten jetzt als Helfershelfer des französischen Militarismus hinzustellen, nachdem sie lange und eindringlich genug das Kabinett Müller vor den Maßregeln gewarnt haben, die in Paris den Entschluß zu einer Besetzung deutscher Städte auslösten.

Dazu kommt aber noch eins. Wenn der Forderung der Organisationen Rechnung getragen wird und sich die Reichswehr aus der neutralen Zone zurückzieht, so werden die Franzosen genötigt sein, die Okkupationen im Maintal zu beenden und an diesem schnellen Rückzug dürften gerade ihre militärisch denkenden Kreise keine besondere Freude haben. Dem französischen Militarismus dient in Wirklichkeit nur der, der den Feldzug im Ruhrrevier verlängert. Man stelle die Kampagne ein, wenn man ihm nicht zu weiteren billigen Triumpfen verhelfen will!

Etwas erster als der im Kriege ja schon stark abgenutzte Vorwurf des Einverständnisses mit dem Feinde sind die Verdächtigungen zu nehmen, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien eine Art von Nebenregierung aufgerichtet hätten, die das Ministerium unter einem händigen Druck halte und keine Entschlüsse zu beeinflussen suche. Die „Post“ findet es bezeichnend für die böllige Zerrüttung und Bewahrlosung unseres Verfassungsliebens, daß ein „Konglomerat von Proletariern“ sich erlauben könne, die Regierung in dieser Weise zu bevorzugen und sie macht die an sich durchaus zutreffende Feststellung, daß unter der Herrschaft eines Kaisers „eine derartige staatsrechtliche Verfassung“ undenkbar gewesen sei. Auch weiter links stehende Blätter, wie z. B. die „Post-Zeitung“, ergehen sich in ähnlichen Klagen. Es dürften keine Nebenregierung und keine unverantwortlichen Maßgeber gebildet werden. Wer regiere oder mitregiere, müsse Verantwortung tragen. So wie es jetzt geht, geht es nicht weiter.

Auch hier haben wir es wieder mit einer höchst merkwürdigen Verkennung der Verhältnisse zu tun. Zunächst enthalten die am Mittwoch von den Organisationen aufgestellten fünf Punkte nichts, was über den Rahmen der am 20. und 22. März formulierten Bedingungen hinausginge. So weit sie sich auf die Angelegenheiten des Ruhrreviers beziehen, sind sie nur eine Art von Ausdrucks-

Achtung!

Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr,

Achtung

findet in der Bögrow-Brauerei, Prenzlauer Allee die

Generalversammlung der Betriebsräte Groß-Berlin

statt.

Tagesordnung: Die politische Lage.

Der Aktions-Ausschuss

Eintritt haben nur die Delegierten der Industrie-Gruppen.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Holendamm
Nach Damaskus

Neues Volks-Theater
Köpenicker Str. 68.
Die Hoffmann auf Seron

Deutsches Theater
Die Dame Kobold.
Königsplatz

Reinhold-Haus
Der weiße Heliand
Abend, 8 Uhr

Königsplatz
Sie
8 Uhr

Berliner Theater
Der Herr Minister
Max Falkenberg

Lesing-Theater
Pygmalion
7 Uhr

Deutsches Kunst-Theater
Menagerie
7 Uhr

Trianon-Theater
Myrrha
7 Uhr

Residenz-Theater
Die Raschhoffs
7 Uhr

Neues Operettenhaus
Die kleine Hohle
7 Uhr

Rose-Theater
Das Lied der Liebe
7 Uhr

Walhalla-Theater
Die Ehre
7 Uhr

Casino-Theater
Ein alter Sünder
7 Uhr

Apollo-Theater
Ueberrückliches
7 Uhr

Königsplatz-Kasino
Circus Busch
8 Uhr

Neues Volks-Theater
Köpenicker Strasse 68.

Das Paradies
Tragedie von Hans J. Krellsch.
Spielstätte: Hainholzerberg.

Die Arbeitsgemeinschaft
sozialistischer Nationalökonomien

Baustellen
Parzellen mit und ohne Waldbestand
Ort: Neillgensee am Schulzendorf

Berliner Bodenverein
Anzahl und wertvolle Abzahlung von M. 100
Anzahl und wertvolle Abzahlung von M. 800

Freie Welt
Heute neu!
Reicher humoristischer Inhalt

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden

C. Weissert, Invalidenstr. 147
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung

Spezial-Arzt
für alle Geschlechtskrankheiten.

Spezial-Behandlung
v. Geschlechts, Haut-, Nerven-, Frauenleiden, spez. vererbte, hartnäckige Hautleiden, nerv. Schwindel, Migräne-Kuren.

TRAURINGE
DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 100 gestempelt, 8 kar. Gold in allen Preislagen.

Weinstock a. m. b. H.
Centralo:
BERLIN, Mohrenstrasse 16

N. P. D. (Spartakusbund)
Donnerstag, den 8. April, abends 7 Uhr

Öffentliche Volksversammlung
Tagesordnung: Die politische Lage und die N. P. D.

Verband der Bäcker, Konditoren u. v.
Berufsangehörigen Deutschlands, Zentrale Berlin.

Urwahl zum Verbandstag
Samstag, den 11. April von vormittag 10 Uhr bis nachmittag 4 Uhr

Nur kein Neid!
Kupfer - Messing
Reinzinn - Blei
A. L. Zingeschirra, Sierschlangen

Brillanten, Perlen, Gold- u. Silberbruch
kauft zu höchsten Preisen

Metalleinkaufsstelle
Neukölln, Schillerpromenade 23

Metalleinkaufsstelle
Osten
Andreasstr. 33

Für Altmetalle
die höchsten Tagespreise

Achtung!
die bekannten hohen Preise für Alt-Metalle, Eisen, Zeitungspapier (gebündelt)

Wir zahlen nach dem neuesten Preislager schon für
Platin Mk. 180,-

Roßhaare 10.- bis 20.- Mk. per kg

Deutscher Bauarbeiters-Verband
Verein Berlin

Alex Groth
(Betrieb Johannisthal)

Hermann Hoack
am 17. März durch
Schußverletzung ver-

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle

Platin
Gold-, Silber-
Abfälle
Zahngebisse

Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 21
2. Feinstraße 48

!Blei!
Ich brauche noch zu tech-

Elektrische
Kabel-Lösungen
Dynamen-Kühlmaschinen

Silbermann
Neue Königstrasse 27

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Heinrich Schwenk
Belleermannstraße 83, am 2. April gestorben

Wilhelm Berteit
Oldenburger Straße 20, am 26. März

Ewald Bimbas
Charlottenberg, Röntgenstr. 11, am 27. März

Hermann Bergmann
Monteufelstr. 11, am 27. März

Julius Zink
Neukölln, Selchower Straße 31, am 29. März

Hermann Wiesenth
Urbanstr. 34, am 30. März

Hermann Franke
Neukölln, Prinz-Händlery-Straße 42, am 30. März

Adolf Lux
Zonsbierstr. 46, am 2. April

Beste Herren- und Damenstoffe
M. Gruber, D. a. Rosenthal D. r. d. Hauptstr. 151

Offene Stelle

Verkäuferinnen
Mädchen- u. Knabenkonfekt

Sportartikel
Bilder

Kaufhaus des Westens
BERLIN W 50, Tauentzienstraße 21-

Arbeitssekretär vom Gewerkschaftsrat
Selbst in Ober...

Zeitungspapier
über höchsten Tagespreis

Willy Seydewitz
Püddingstraße 33, Brangellstraße 7